

# Abgeordnetenhaus **BERLIN**

Der Vorsitzende  
des Petitionsausschusses

Abgeordnetenhaus von Berlin, Petitionsausschuss, 10111 Berlin

Herrn  
Klaus Langer  
Arnikaweg 5 b  
12357 Berlin

Geschäftszeichen	Bearbeiter(in)	Zimmer	Telefon (030) 2325 -	Telefax (030) 2325 -	Datum
6/19	Herr Lasson	A 002	1479	1478	23.11.2023 / Kü

Sehr geehrter Herr Langer,

die Mitglieder des Petitionsausschusses des Abgeordnetenhauses von Berlin haben Ihre Eingabe zu der Frage der Abwehr eines erhöhten Grundwasserstandes im Bereich des Neuköllner Blumenviertels erneut beraten.

Wir dürfen zunächst auf den bisher in dieser Angelegenheit geführten und umfassenden Schriftverkehr hinweisen. Zuletzt hatten wir Sie mit unserem Schreiben vom 3. Juli 2023 über den aktuellen Sachstand informiert. In diesem Zusammenhang hatten wir auch ausführlich die vorliegende Stellungnahme der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt (SenMVKU) vom 30. Mai 2023 vorgestellt. Außerdem hatten wir Sie über die inzwischen vorliegende und rechtskräftige Entscheidung des Verwaltungsgerichts Berlin im Hinblick auf die nicht bestehende Verpflichtung des Landes Berlin zum weiteren Betrieb einer Brunnenanlage, um den Wasserstand dauerhaft und flächendeckend auf ein bestimmtes Maß zu beschränken, informiert. Unabhängig davon hatten wir angekündigt, uns nochmals an die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt zu wenden, um Einzelheiten zu zusätzlichen wasserregulierenden Maßnahmen, die in der Koalitionsvereinbarung für die Jahre 2023-2026 vereinbart worden sind, in Erfahrung zu bringen.

Mit Schreiben vom 18. Oktober 2023 hat uns nun die Senatsverwaltung ausführlich berichtet und zur aktuellen Sachlage sowie dem weiteren Vorgehen das Folgende mitgeteilt:

*„Die Anlage im Glockenblumenweg wurde und wird nach der Außerbetriebnahme Ende Juni für einen ggf. eintretenden Notfall betriebsfähig gehalten.*

*Dennoch wurden die Bemühungen um eine gute Anschlusslösung seitens der SenMVKU intensiviert. Anfang September hat ein Termin vor Ort mit der Staatssekretärin für Klimaschutz und Umwelt Frau Britta Behrendt, Vertretern des Abgeordnetenhauses und An-*

Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin-Mitte  
(ehemaliger Preußischer Landtag)

Interne Telefonnummer: 99407 -

U-Bahnhof  
Potsdamer Platz  
Kochstraße

S-Bahnhof  
Anhalter Bhf.  
Potsdamer Platz

DB-Bahnhof  
Potsdamer Platz

Bus  
M 29, M 41, M 48,  
M 85, 200

Internet: <http://www.parlament-berlin.de>  
E-Mail: [petmail@parlament-berlin.de](mailto:petmail@parlament-berlin.de)

*liegern stattgefunden und es sind im kommenden Haushalt weiterhin Mittel vorgesehen, um den betroffenen Anliegern Lösungen anzubieten.*

*So werden im Auftrag der SenMVKU zurzeit durch ein Ingenieurbüro Vorplanungen von dezentralen Anlagen zur Grundwasserabsenkung bei hohen Grundwasserständen für vier Standorte im Neuköllner Blumenviertel realisiert. Ziel dieses Verfahrens ist es, den Betroffenen Vorplanungsunterlagen zu übergeben, um im Anschluss eine Entscheidung über das weitere Vorgehen bezüglich des Schutzes des Kellergeschosses vor drückendem Grundwasser treffen zu können. Nach Sichtung und Bewertung der Vorplanung durch die Gruppen Betroffener und entsprechendem Interesse an diesem Lösungsansatz, wird im weiteren Verlauf eine Ausführungsplanung durch die SenMVKU beauftragt.*

*Das Angebot der SenMVKU, die Planungsleistungen für Maßnahmen zum Schutz des Kellergeschosses vor drückendem Grundwasser zu übernehmen, wurde weiterhin um Standorte erweitert, an denen eine Grundwasserabsenkung aufgrund der örtlichen Geologie nicht zielführend ist. Aktuell wird vom Fachbereich eine entsprechende Ausschreibung veröffentlicht. An diesen von Schichtenwasser (aufgestautes, nicht oder nur langsam versickerndes Grundwasser) betroffenen Standorten werden alternative Lösungsansätze wie Drainagesysteme untersucht. Auch in diesem Fall ist es Ziel, den Betroffenen Vorplanungsunterlagen zu übergeben, um im Anschluss eine Entscheidung über das weitere Vorgehen bezüglich des Schutzes des Kellergeschosses vor Schichten- und Grundwasser treffen zu können. Nach Sichtung und Bewertung der Vorplanung durch die Betroffenen und entsprechendem Interesse an diesem Lösungsansatz, wird im weiteren Verlauf eine Ausführungsplanung durch die SenMVKU beauftragt.*

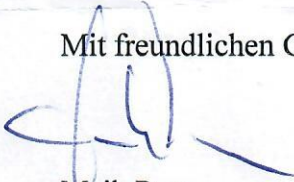
*Weiterhin wurde in einem Gespräch der Staatssekretärin für Klimaschutz und Umwelt, Frau Behrendt, mit der Verwaltung und politischen Akteuren vereinbart, dass eine erneute Umfrage zur Betroffenheit durch politische Vertreterinnen und Vertreter durchgeführt wird und die betroffenen Anliegerinnen und Anlieger eine regelmäßige Bürgersprechstunde vor Ort nutzen können, um Angaben über Lage des Grundstücks und Schadensbild am Keller machen zu können. Diese Daten werden im Anschluss ausgewertet, um ein genaueres Bild der Schadensverteilung im Blumenviertel zu erhalten und geeignete Maßnahmen zu erarbeiten.“*

Die vorliegende Stellungnahme und auch die bisher vom Ausschuss vorgenommenen Prüfungen haben ein weiteres Mal gezeigt, dass die Situation im Bereich des Neuköllner Blumenviertels schwierig ist und differenziert betrachtet werden muss. Die Ausführungen in der nun vorliegenden und oben zitierten Stellungnahme machen sehr deutlich, dass die Senatsverwaltung diesen Anforderungen gerecht wird und auch nach der erwähnten Entscheidung des Verwaltungsgerichts Berlin zahlreiche Maßnahmen prüft, um gemeinsam mit den Betroffenen individuelle Lösungen für die jeweils bestehende Gefährdungssituation zu entwickeln. Die bereits vorgestellten und in der vorliegenden Stellungnahme nochmals erwähnten Planungsleistungen für Maßnahmen zum Schutz der Keller vor drückendem Grundwasser sind aus unserer Sicht sehr zu begrüßen und belegen das besondere Engagement der Senatsverwaltung, Grundstückseigentümerinnen und Grundstückseigentümer auf verschiedenen Ebenen dabei zu unterstützen, im Einzelfall spezifische und wirksame Maßnahmen zum Schutz der ungenügenden Bausubstanz zu entwickeln. Vor diesem Hintergrund und der Tatsache, dass diese Bemühungen fortgesetzt und – wie sich aus der vorliegenden Stellungnahme ergibt – sogar ausgeweitet werden, sind wir zuversichtlich, dass es in einem engen und konstruktiven Zu-

sammenwirken der hier beteiligten Akteure weiterhin gelingen wird, konkrete Schritte zur Lösung der bestehenden Probleme umzusetzen.

Im Ergebnis konnten wir uns davon überzeugen, dass die Senatsverwaltung mit dem Angebot der eingehenden Beratung vor Ort und der individuellen Unterstützung bei der Errichtung von dezentralen Anlagen zur Grundwasserabsenkung eine Vorgehensweise entwickelt hat, die aus unserer Sicht nicht nur geeignet, sondern gegenüber den Grundstücksbesitzerinnen und Grundstücksbesitzern auch überaus entgegenkommend ist. Vor diesem Hintergrund sehen wir für den Petitionsausschuss gegenwärtig keine zusätzliche Notwendigkeit, den Vorgang im Rahmen eines Petitionsverfahrens weiter zu begleiten. Sollte es jedoch im Einzelfall oder hinsichtlich genereller Vorgehensweisen im weiteren Verlauf Anlass zu Beanstandungen geben, können Sie sich selbstverständlich nochmals mit einer ausführlichen Sachverhaltsdarstellung an uns wenden, damit eine erneute Prüfung des geschilderten Sachverhaltes im Petitionsausschuss veranlasst werden kann. Die Bearbeitung Ihrer Eingabe haben wir jedoch mit diesem Schreiben abgeschlossen.

Mit freundlichen Grüßen



Maik Penn